



► **Budgetsanierung:** Der Kanzler will eine Finanztransaktionssteuer notfalls auch im Alleingang einführen. Was spricht dafür und was dagegen?

Kurs auf Spekulanten



Globales Problem: Binnen Sekunden können Milliarden um den Erdball gejagt werden – mit ein Grund für die Finanzkrise

VON **PATRICIA HALLER**
UND **MARIA KERN**

US-Präsident Barack Obama will nach der Finanzkrise den Banken und Finanzinvestoren Zügel anlegen. In der EU wird derzeit heftig debattiert, wie die Banken zur Kasse gebeten werden, vor allem aber Spekulationen eingedämmt werden sollen. Die EU-Kommission hat den Auftrag, Vorschläge für eine Transaktionssteuer zu erarbeiten. Auch bei der Klubklausur der SPÖ ging es am Montag um Finanztransaktionssteuer und Bankenabgabe.

Der KURIER beantwortet Fragen rund um das heiß diskutierte Thema Finanztransaktionssteuer.

? Was ist eine Finanztransaktionssteuer?

Eine geringe Abgabe auf sämtliche Geschäfte/Umsätze und Produkte auf den Finanzmärkten – von Aktien über Devisen, Anleihen, Rohstoffen bis hin zu hochriskanten Papieren. Dabei

geht es auch um Geschäfte, die etwa Großbanken miteinander, abseits der Börsen – bilateral – betreiben. Befürworter der Finanztransaktionssteuer begründen diese Art der Abgabe damit, dass sie vor allem kurzfristige Spekulationen trafe. „Die Steuer muss so gering sein, dass sie ein Normalverbraucher nicht spürt – etwa 0,05 Prozent“, sagt WIFO-Experte Stephan Schulmeister.

? Wie viel brächte eine solche Steuer fürs Budget?

Die Schätzungen, wie viel Geld die Einführung einer Transaktionssteuer dem Staat einbringen könnte, differieren. Das Institut für Höhere Studien hält für Österreich, je nach Höhe der Abgabe, zusätzliche Einnahmen von 320 Millionen bis 2,2 Milliarden Euro für möglich. Ein Steuersatz von 0,05 Prozent brächte laut Experten rund 500 Millionen Euro pro Jahr. EU-weit wären es rund 136 Milliarden Euro.

? Gibt es eine solche Steuer schon in Europa?

In Großbritannien wird die „stamp tax“, eine Aktientransaktionssteuer, eingehoben. Diese Steuer beträgt 0,5 Prozent des Kaufpreises und bringt dem Staat 0,7 Prozent des gesamten Steueraufkommens.

? Wie beurteilen die Parteien die Transaktionssteuer?

Keine der im Parlament vertretenen Parteien lehnt eine Finanztransaktionssteuer dezidiert ab. Die SPÖ würde sie auch im Alleingang einführen wollen, falls es in der EU keine Lösung gibt. ÖVP-Parteichef Josef Pröll ist gegen ein österreichisches Vorpreschen. Er kann sich nur eine europaweite Steuer vorstellen. So sieht das auch das BZÖ. FPÖ und Grüne sind auch für eine EU-weite Lösung. Doch beide könnten sich auch nationale Steuern auf Finanztransaktionen oder Spekulationen vorstellen.

? Was wären die Folgen eines nationalen Alleinganges?

Die österreichischen Großbanken würden die Fi-

nanztransaktionssteuer vor allem beim Devisenhandel spüren. WIFO-Mann Schulmeister glaubt, dass ein „erheblicher Teil des Devisenhandels“ in ein anderes Land transferiert würde. Die ÖVP ist überzeugt, dass Kapital aus Österreich abgezogen würde. Ein nationaler Alleingang wäre für Schulmeister „ein politisches Signal“, sodass andere Staaten leichter und rascher folgen könnten.

? Die Regierung plant eine Bankenabgabe. Was ist damit gemeint?

Dem Prinzip nach soll das eine Leistung der Banken nach dem Bankenrettungspaket sein, die 500 Millionen Euro pro Jahr bringen soll. Woran sich die Steuer bemisst, ist offen. Kritiker befürchten, dass die Mehrkosten für die Banken auf die Kunden überwälzt werden.

Forum
Was halten Sie von einer Transaktionssteuer? Posten Sie mit:
KURIER.at/wirtschaft

► **Transaktionssteuer-Gegner**

„Dann ist das eine Lachnummer“

Hannes Androsch, global tätiger Industrieller, hält nichts von der Finanztransaktionssteuer. „Die Forderung geht ins Leere. Sie wird zu einer Wunderwaffe hochstilisiert, ohne zu sagen, welche Finanztransaktionssteuer gemeint ist“, erklärt der ehemalige SPÖ-Vizekanzler und Finanzminister. „Wenn das die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer ist, die 150 Millionen Euro bringt, ist das eine fiskalische Lachnummer.“

Vor neuen Steuern müsse die Regierung das bestehende Einsparungspotenzial von 20 Milliarden Euro ausschöpfen. „Wir müssen dort sparen, wo öffentlich Verschwendung vorliegt. Wir haben große Bereiche geschützter Sektoren, die in der Hängematte ihrer Privilegien liegen, viel kosten und zur Wirtschaftsleistung, Produktivität und Wettbe-



FRANZ GRÜBER

Hannes Androsch will zuerst Einsparungspotenziale nutzen

werbsfähigkeit wenig beitragen.“ Unnötig seien Bezirkserschulbehörden und Militärkommanden in den Ländern. Österreich habe 1000 Gemeindeverwaltungen und 100 Spitäler zu viel, sagt Androsch. Im Vergleich zu Deutschland hat Österreich zehn Mal so viele Generäle. Das Heer hat bei uns 24.000 Beschäftigte, in der Schweiz 8000. Der Unterschied liegt bei einer Milliarde Euro. „Mit dem bestehenden Dienstrecht im öffentlichen Bereich wird Verschwendung geradezu erzwungen.“ – M. Kopeinig